



Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Martin Boesch: Südspange „light“ vor's Volk; Beantwortung

Am 8. Mai 2012 reichte Martin Boesch die beiliegende Einfache Anfrage betreffend "Südspange „light“ vor's Volk ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

1. Die Möglichkeit einer Entlastung der Nationalstrasse A1 im Gebiet der Stadt St.Gallen, einschliesslich der Anschlussbereiche zum städtischen und regionalen Strassennetz, wird seit längerem geprüft. Der Kanton hat im Rahmen seiner früheren Zuständigkeit für die Nationalstrassen eine Projektstudie für eine „Spange A1“ ausgearbeitet. Nach der Übernahme der Verantwortung für die Nationalstrassen durch den Bund sind vom ASTRA zusätzliche Varianten für die „Engpassbeseitigung A1 St.Gallen“ einbezogen worden. Im Ergebnis wird nun vorgeschlagen, eine Variante mit einer 3. Autobahnröhre sowie einer Teilspange mit einer Verbindung über das Güterbahnhofareal weiterzuverfolgen. Die Öffentlichkeit ist darüber orientiert worden. Die Regierung und der Stadtrat haben die vorgeschlagene Variante gemeinsam diskutiert und dem Bundesamt für Strassen beantragt, für die weiteren Planungs- und Projektierungsarbeiten diesen Vorschlag weiterzuverfolgen. Mit Blick auf eine möglichst rasche Realisierung ist das Bundesamt im Weiteren aufgefordert worden, dieses Vorhaben in der Stadt St.Gallen in der Programmbotschaft Engpassbeseitigung (PEB) an das Eidgenössische Parlament dem Dringlichkeitsmodul 1 zuzuweisen.
2. Gemäss Art. 35 Abs. 1 Ziff. 6 der Gemeindeordnung beschliesst das Stadtparlament über Vernehmlassungen betreffend Neubau von „Staatsstrassen“ und Veränderung der Zahl der Fahrspuren für den motorisierten Individualverkehr, sofern der Projektbetrag drei Millionen Franken übersteigt. Dieser Vernehmlassungsbeschluss untersteht gemäss Art. 8 Ziff. 13 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum. Diese Regelung entspricht dem kantonalen Strassengesetz, wonach in der Gemeindeordnung zu bestimmen ist, bei



welchen Projekten des Baues von Staatsstrassen die Vernehmlassung der Bürgerschaft zu unterbreiten ist. Zum Zeitpunkt des Erlasses dieser Bestimmungen waren die Autobahnen noch „Staatsstrassen 1. Klasse“, sodass die Regelung auch nach der Umklassierung der Autobahnen zu Nationalstrassen analog anzuwenden ist. Gegenwärtig liegt erst eine Projektstudie zu den möglichen Varianten vor. Der dannzumalige Vernehmlassungsbeschluss des Stadtparlamentes zum konkreten Projekt der Engpassbeseitigung wird somit dem fakultativen Referendum zu unterstellen sein. Dieses Verfahren wird aber erst durchgeführt, wenn das eigentliche Projekt vorliegt. Die Projektierung ist für die Jahre 2013 bis 2016 vorgesehen.

3. Über eine allfällige finanzielle Beteiligung der Stadt an dem Projekt für die Engpassbeseitigung können heute noch keine Aussagen gemacht werden.
4. Die Frage nach einer Revision der Gemeindeordnung erübrigt sich aufgrund der Beantwortung gemäss Ziffer 2.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 8. Mai 2012

